

Im übrigen erklärt der Referent die verschiedenen Probleme des Vertrages, mit denen die Mitglieder des Nationalrates naturgemäss nicht im Detail vertraut sein können.

*Nationalrat Calame* ergänzt als Korreferent die Ausführungen des Vorredners. In der Schlußsitzung vom 18. Dezember habe Bundesrat Motta die Mitteilung gemacht, dass feste Zusicherungen Österreichs vorliegen. Auch er appelliert für die Annahme des Vertrages und findet Worte echter Freundschaft:

«Der Vertrag, den wir Ihnen empfehlen, ist ein Akt guter Nachbarschaft und Brüderlichkeit. Die Schweiz verfolgt keine egoistische Absicht, sie hat den Ruf eines Landes vernommen, das kleiner ist als sie selbst, sie hilft einem Lande an der Grenze, das sein Gleichgewicht nur dank unserer Hilfe wiederfinden kann. Wie der Bundesrat sind wir der Auffassung, dass es uns zusteht, mit unseren bescheidenen Mitteln die Aufgaben zu erfüllen, die uns die Geschichte zugewiesen hat.

Sie gibt uns nur sehr selten in der internationalen Politik den Rang des Grösseren; gewöhnlich kann sie nur die Haltung der kleinen Nationen einnehmen, die zwar nicht zu bitten kommen, die aber den Anspruch auf ein Gleichgewicht der Kräfte und Achtung vor den Schwachen erheben.

Wir freuen uns, ich zweifle nicht daran, dem Fürstentum Liechtenstein zu beweisen, dass die Schweiz ein Gefühl für ihre Aufgaben hat und dass sie ohne Zögern die Behandlung, die sie für sich beansprucht, jenen gewährt, die ihr Vertrauen und ihre Hoffnung auf sie setzen.»

Er dankt dem Politischen Departement und besonders Bundesrat Motta, für seine mit Eifer, Standhaftigkeit und Zähigkeit geführten Verhandlungen mit den Ministerien in Wien und zitiert aus der am 18. November erlassenen Note: «Die österreichische Regierung verpflichtet sich, die Bestimmungen des Vertrages vom 27. August 1870 und 2. August 1872 einzuhalten», eines Vertrages über Zoll und Bahn, der übrigens für St. Margrethen genau so gilt wie für Buchs.

*Nationalrat Gabathuler* hält nun eine so lange Rede, dass er sogar vom Präsidenten aufmerksam gemacht werden muss, die vorgeschriebene Zeit sei abgelaufen, aber sie ist nur mehr ein Rückzugsgefecht. Er verweist auf die Unsicherheit der neuen Grenze, die den Schmuggel und die Einreise von Vagabunden begünstige, auf die Schwierigkeit der Seuchenpolizei, beanstandet die Abfertigungssumme von Fr. 150'000.— im Jahr für den Zollertrag, alles eigentlich nur kleine Probleme.